

SPD RATINGEN

Sehr geehrte Frau Emser,
sehr geehrte Frau Keune,

herzlichen Dank für Ihr Interesse an einer
Stellungnahme der SPD Fraktion zum Thema Inklusion.

Wir haben uns Ihre Fragen angesehen und im
Arbeitskreis diskutiert. Ich habe mir erlaubt, unsere
Antworten in **blauer Schrift** in Ihren Text zu schreiben
und so einen direkten Bezug herzustellen.

Für Fragen und Anregungen stehe ich Ihnen gerne zur
Verfügung. Telefon 0163 796 54 82 oder per EMail
ewald.geldmacher@spd-ratingen.de .

Mit freundlichen Grüßen

Ewald Geldmacher
SPD Ratingen



Verein zur Förderung der Integration von behinderten Kindern in Ratingen e.V.

c/o Barbara Emser, Am Schützenbruch 27, 40878 Ratingen, Tel. 0178 1635887

Karin Keune, August-Wendel-Str. 120, 40880 Ratingen, Tel. 0163 6386366

Wahlprüfsteine:

1. Am 26. März 2009 ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft getreten. Damit hat Deutschland sich verpflichtet, in allen Bereichen der Gesellschaft und seinen Institutionen inklusiv zu werden.
Ein kommunaler Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention für Ratingen ist überfällig.

- a. Wann soll in Ratingen ein kommunaler Aktionsplan starten? (bitte konkrete Zeitangaben)

Wie Sie schon schreiben, ist die UN-Behindertenrechtskonvention bereits 2009 in Kraft getreten. Wir halten es für nicht zielführend, wenn wir jetzt erst damit beginnen, einen Aktionsplan zu formulieren. Vielmehr halten wir es für erforderlich, dass wir die konkreten Schritte zur Inklusion gehen. Dabei kann der Aktionsplan des Bundes, vor allem aber auch der des Landes NRW unterstützend herangezogen werden.

- b. Wie werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass ein kommunaler Aktionsplan erarbeitet wird?

Parteiübergreifend wurde beschlossen, sich in Arbeitskreisen in unserer Stadt mit einer breiten Beteiligung von Verwaltung, Politik, Bürgern und Verbänden und Vereinen mit den Herausforderungen und Chancen der Inklusion auseinander zu setzen. Wir hoffen, dass die Verwaltung zu den ersten Sitzungen noch vor der Sommerpause einlädt und werden dies auch mit entsprechenden Anträgen verfolgen.

- c. Welche politischen Schwerpunkte bezüglich eines Aktionsplanes vertritt Ihre Partei?

Wir halten die Thematik Inklusion an unseren Schulen für zeitlich dringend behandlungsbedürftig. Durch den bisherigen zeitlichen Ablauf ist das erste Jahr zur Anmeldung mit Rechtsanspruch recht holprig gelaufen. Wir wollen die Erfahrungen und Anregungen aus diesem Jahr aufgreifen und für die Zukunft nachhaltige Lösungen entwickeln. Festzuhalten bleibt, dass Inklusion sich aber nicht "nur" auf Schule bezieht, sondern eine ganz andere Haltung und Herangehensweise an die Gestaltung unserer Kommune erfordert.

2. Inklusion ist eine Leitidee der Barrierefreiheit, mithilfe derer die eigenen Vorurteile überdacht werden, die Kommunikation mit anderen reflektiert wird, das eigene Team oder die eigene Institution mit anderen Augen wahrgenommen wird, Barrieren wahrgenommen und abgebaut werden und neue Ressourcen, Chancen und Potentiale entdeckt werden.

- a. Welche kommunalen Aktionsfelder sehen Sie in Ihrer Partei hinsichtlich dieses Leitbildes als vorrangig an?

Mit der Antwort, welches Ziel vorrangig sein soll, tun wir uns als Sozialdemokraten schwer. Wir halten die Inklusionsbemühungen in allen Bereichen des durch eine Kommune steuerbaren öffentlichen Lebens gleichermaßen

für wichtig. Einzelne Bereich hervorzuheben, widerspricht dem Inklusionsgedanken. Dennoch gibt es natürlich Aufgaben, bei denen wir als Kommune, wie beim 9. Schulrechtsänderungsgesetz zur Inklusion zeitliche Vorgaben haben, die uns zur Eile auffordern. Wie schon geschrieben, sind wir davon überzeugt, dass hier erheblicher Verbesserungsbedarf allein schon an den Kommunikationsprozessen erforderlich ist.

b. Welche politischen Prozesse diesbezüglich wollen Sie in Gang setzen?

Sie fragen richtiger Weise nach Prozessen. Wir wissen, dass sich Inklusion und die dahinter stehende Idee nicht von jetzt auf gleich umsetzen lässt. Wir erhoffen uns von den einzurichtenden Arbeitskreisen ein besseres Verständnis unserer Verwaltung für die Anforderungen der Menschen in Ratingen, damit bei jeder Handlung der Kommune irgendwann automatisch auch die Leitidee der Barrierefreiheit als Selbstverständlichkeit Berücksichtigung findet.

3. Inklusion verfolgt das Ziel, das Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Einwohner/innen zu garantieren.
 - a. Wird das Wahlprogramm ihrer Partei auch für Sehbehinderte und für Personen mit Lernschwierigkeiten in einer leichten Sprache zugänglich sein?

Die Programme unserer Partei werden auf Landes- und Bundesebene barrierearm und auf verschiedenen Wegen bereit gestellt. Als Ortsverein ist uns dies leider nicht in dem wünschenswerten Umfang möglich.

Als Partei vor Ort sind wir aber mit den Menschen im Kontakt und durch verschiedene Wege ansprechbar - so lassen sich im persönlichen Gespräch, angebahnt über Internet, per EMail oder telefonisch, die Fragen klären. Beispielhaft sei hier das regelmäßige Gespräch mit der Vorsitzenden des Blinden- und Sehbehindertenvereins Ratingen, Frau Höltermann, genannt, mit der wir uns natürlich als Multiplikatorin häufig austauschen und vor allem auch selbst Anregungen und Hinweise für unsere politische Arbeit erhalten. Dies im übrigen nicht nur zu Wahlkampfzeiten, sondern vor allem während der konkreten Arbeit zwischen den Wahlen. .

- b. Die Informationsschriften für die Öffentlichkeit und der Internet-Auftritt der Stadt Ratingen stehen bislang nicht in leichter Sprache zur Verfügung. Welche politischen Schritte planen Sie, um allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Information zu sichern?

Wir sind froh, dass wir mittlerweile eine wachsende Informationsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen haben,

mit der sich die Verwaltung mehr und mehr öffnet. Dabei ist uns bewusst, dass diese Öffnung nun noch weiter von Barrieren befreit werden muss und dass daran weiter zu arbeiten ist. Dieser Wunsch lässt sich mit dem damit verbundenen Aufwand leider nicht von heute auf morgen realisieren, zumal wir ja nicht einfach nur bestehende Texte anpassen müssen, sondern diese Informationsbereitstellung auch nachhaltig für zukünftige Informationen erfolgen muss, um eine echte Barrierearmut zu erreichen.

4. Der VIII. Abschnitt des neuen Schulgesetzes in NRW widmet sich den geänderten Schulträgeraufgaben. In § 80 steht: „Schulen und Schulstandorte sind unter Berücksichtigung des Angebots anderer Schulträge so zu planen, dass schulische Angebote aller Schulformen und Schularten einschließlich allgemeiner Schulen als **Orte des Gemeinsamen Lernens** (§20 Absatz 2) unter möglichst gleichen Bedingungen wahrgenommen werden können. Die Schulträger sind verpflichtet, in enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme auf ein regional ausgewogenes, vielfältiges, **inklusive** und umfassendes Angebot zu achten.“

Bislang ist die Verwaltung der Stadt Ratingen ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen. Die Fraktionen im Rat der Stadt Ratingen haben die Verwaltung nicht beauftragt, diese Aufgabe für das Schuljahr 2014-15 umzusetzen. Deshalb sind 25 Anträge von Eltern behinderter Kinder auf „Gemeinsamen Unterricht“ an der weiterführenden Schule der Schulaufsicht überlassen worden. Erst am ersten Anmeldetag für die SEK I hatten die Eltern den Bescheid in der Post, wo sie ihr Kind anmelden können.

- a. Welche Planungen bestehen in Ihrer Partei hinsichtlich der Umsetzung der im Schulgesetz benannten Verpflichtungen des Schulträgers, Orte des Gemeinsamen Lernens frühzeitig einzurichten und damit auch rechtzeitig benennen, um allen angehenden Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schule geeignete gemeinsame Förderorte zu

ermöglichen?

Es ist richtig, dass die Anmeldung im ersten Jahr des Rechtsanspruches nicht zufriedenstellend war (um es noch viel zu freundlich auszudrücken). Wir hätten uns hier mehr Initiative der Schulverwaltung insgesamt auf den gesamten beteiligten Ebenen, also nicht nur in Ratingen, gewünscht. Inklusion kann nur mit ausreichend Kommunikation entstehen und auch nur, wenn alle Beteiligten gemeinsam und miteinander nach gangbaren Wegen suchen.

In den vergangenen Jahren wurde für jedes Kind ein Platz gesucht, der am vielversprechendsten für eine inklusive Beschulung war. Der aktuell in Erarbeitung stehende Schulentwicklungsplan soll hier etwas mehr Klarheit und Transparenz bringen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Aufgabe an das Büro um die Berücksichtigung der Inklusion umfassend aufgenommen wurde. Dennoch werden wir sicherlich auch in Zukunft einen hohen Bedarf an Abstimmung und gemeinsamer Lösungsfindung haben, um den Kindern mit ihren individuellen Förderanforderungen einen wirklich

erfolgreichen Schulweg zu ermöglichen.

- b. Welche Konzepte werden in Ihrer Partei zu einer Schulentwicklungsplanung, die die gewünschte Inklusion in den Grund- und den weiterführenden Schulen in Ratingen umsetzt, verfolgt? (Bitte konkrete Beispiele benennen, welche Schulformen für inklusive und zieldifferente Beschulungen vorgesehen werden)

Wir halten grundsätzlich alle Schulformen und auch Schulen in Ratingen geeignet, sich an der Inklusion aktiv zu beteiligen. Gerne werden wir die jeweiligen Schulen als Schulträger mit den erforderlichen Mitteln für eine erfolgreiche inklusive Beschulung ausstatten und die entsprechende Personalausstattung beim Land einfordern.

5. In Ratingen ist konzeptionell verankerter „Gemeinsamer zieldifferenter Unterricht“ bisher nur an zwei Grundschulen realisiert. Das bedeutet, dass Kinder mit Lernschwierigkeiten nicht wohnortnah beschult werden können. Die Praxis an den weiterführenden Schulen grenzt Kinder mit Lernschwierigkeiten bisher weitgehend aus oder setzt eine „Schule in der Schule“ um.
- a. Wie beabsichtigt ihre Partei den gesetzlichen Anspruch der Eltern behinderter Kinder auf „Gemeinsamen zieldifferenten Unterricht“ nach den Kommunalwahlen umzusetzen? (bitte nennen Sie konkrete Beispiele)

Als Kommune sind wir nicht in der Lage, auf die pädagogischen Entscheidungen der Schulen Einfluss zu nehmen. Natürlich werden wir unsere Möglichkeiten nutzen und den Schulen

finanzielle Anreize bieten, die es ihnen leichter macht, eine echte Inklusion zu ermöglichen. Diese Anreize müssen aber zu den finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushaltes passen, wobei wir hier als SPD gerne die Prioritäten hin zu den Investitionen für die Menschen verschieben würden.

- b. Welche inklusionpolitischen Akzente plant ihre Partei nach der Kommunalwahl in Ratingen umzusetzen?

Wir wollen, dass Inklusion in Ratingen gelebt wird. Dies ist allerdings keine Aufgabe alleine der Verwaltung, alleine der Politik oder alleine der Verbände, Vereine oder der betroffenen Menschen, die in ihrer individuellen Form Barrieren erleben. Das Schulleben ist nur ein Teil der durch die Inklusion Veränderung erfahren wird. Hier wollen wir die Diskussion und die Lösungsfindung auf eine breite Beteiligung der Menschen in Ratingen stellen.

Wir halten es für sehr wichtig, hier auf die Kompetenzen der Verbände und Vereine, wie dem Ihres Vereins vibra zurückzugreifen und in engem Austausch mit allen Beteiligten die besten Lösungen für unsere Stadt Ratingen zu finden. Dabei wird es, wie in allen Bereichen

unseres Lebens Kompromisse geben müssen. Im gemeinsamen Austausch gefunden, können diese für alle eine Bereicherung und auch Ansporn sein, in Zukunft im Prozess zu einer inklusiven Stadt Ratingen, noch besser zu werden.